

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/027(IV)/08			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 30.05.2008	Hasselbachsaal	14:30Uhr	16:30Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom
28. 03. 2008
- 4 Anträge
 - 4.1 Mitwirkung des Gesellschafters Landeshauptstadt an der Festlegung
der Energiepreise der Städtischen Werke GmbH (SWM)
Vorlage: A0043/08
Fraktion DIE LINKE
 - 4.1.1 Mitwirkung des Gesellschafters Landeshauptstadt an der Festlegung
der Energiepreise der Städtischen Werke GmbH (SWM)
Vorlage: S0105/08
BE: Beigeordneter für Finanzen und Vermögen

- 4.2 Handlungsstrategie der Landeshauptstadt Magdeburg zu Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut
Vorlage: A0037/08
Fraktion DIE LINKE
- 4.2.1 Handlungsstrategie der Landeshauptstadt Magdeburg zu Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut
Vorlage: S0083/08
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 4.3 Beantragung des Magdeburg(Sozial)Passes erleichtern
Vorlage: A0039/08
Fraktion DIE LINKE
- 4.4 Beantragung des Magdeburg(Sozial)Passes erleichtern
Vorlage: S0072/08
BE: Beigeordneter für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 4.5 Inhaltliche Ausrichtung der Stabsstelle Jugendhilfe- , Gesundheits- und Sozialplanung
Vorlage: A0040/08
Fraktion DIE LINKE
- 4.6 Inhaltliche Ausrichtung der Stabsstelle Jugendhilfe- , Gesundheits- und Sozialplanung
Vorlage: S0084/08
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 4.7 Umsetzung des Rechtes des Kindes auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung unabhängig von ... Herkunft und ... sowie des Rechtes auf Bildung ...
Vorlage: A0042/08
Fraktion DIE LINKE
- 4.7.1 Umsetzung des Rechtes des Kindes auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung unabhängig von ... Herkunft und ... sowie des Rechtes auf Bildung ...
Vorlage: S0071/08
BE: Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit
- 4.8 Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07
sowie die dazugehörigen Änderungsanträge 1 bis 10
Stadträte Jens Ansorge CDU-Fraktion, Martin Danicke SPD-Fraktion, Dr. Jürgen Hildebrand Fraktion DIE LINKE
WV VW vom 22. 06. 2007

- 4.9 Öffentliche Bekanntmachungen der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0016/08
CDU-Fraktion
- 4.9.1 Öffentliche Bekanntmachungen der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: A0016/08/1
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
- 4.9.2 Öffentliche Bekanntmachungen der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: S0081/08
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Erste Änderungssatzung zur Bekanntmachungssatzung vom 11. Juni
2002
Vorlage: DS0117/08
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 5.2 Erste Änderungssatzung zur Hauptsatzung
Vorlage: DS0072/08
BE: Beigeordneter für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung
- 6 Verschiedenes

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung des Verwaltungsausschusses und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses **bestätigt**.

Hinweis:

Auf Grund des vorgezogenen Sitzungsbeginns wird auf Vorschlag des Oberbürgermeisters die Behandlung der Tagesordnungspunkte der nichtöffentlichen Sitzung vorgezogen. Die Niederschrift erfolgt in der Reihenfolge der Tagesordnung.

3. Genehmigung der Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 28. 03. 2008

Die Niederschrift wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

4. Anträge

4.1. Mitwirkung des Gesellschafters Landeshauptstadt an der Festlegung der Energiepreise der Städtischen Werke GmbH (SWM) Vorlage: A0043/08

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Finanzen und Vermögen (Bg II) Herr Zimmermann teil.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages seiner Fraktion. Insbesondere legt er dabei dar, dass die Geschäftsführung der Gesellschaft über die Preisgestaltung entscheidet und seitens des Aufsichtsrates diese genehmigt wird. Er kritisiert die fehlende Einflussnahme des Stadtrates bei diesem Prozess, da dieser im Aufsichtsrat nur durch 2 Mitglieder vertreten ist und somit kein Handlungsspielraum besteht. Im Weiteren verweist er darauf, dass der Stadtrat als Gesellschafter 54 % der SWM repräsentiert und unter diesem Gesichtspunkt muss ein Weg gefunden werden, dass der Stadtrat sich mit dem Thema der Energiepreisgestaltung befasst.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, legt seine Auffassung dar, der Intension des Antrages folgen zu können, wenn die SWM nicht der günstigste Anbieter im Umfeld wäre. Da dies aber nicht so ist sieht er die Gefahr, ein falsches Signal in der Bevölkerung zu setzen, da der Eindruck entstehen könnte, dass noch günstigere Angebote möglich sind. Er spricht sich gegen eine Beschlussfassung des Antrages aus, da für ihn nicht nachvollziehbar ist, warum eine größere Einflussnahme erforderlich sein sollte.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hält die Frage der Einflussnahme des Stadtrates auf die städtischen Gesellschaften für grundsätzlich richtig. Die Einflussnahme kann nach seiner Auffassung nicht nur im kritischen Umgang mit den Jahresabschlüssen der Gesellschaften bestehen. Er nimmt Bezug auf § 117, Abs. 1 Punkt 3 der Gemeindeordnung LSA und legt dar, dass im Sinne dieser Regelung keinerlei Einfluss des Stadtrates ausgeübt wird.

Er führt beispielhaft die Einnahmen der Gesellschaft auf der Grundlage der Gebührenzahlung der Bürger an und legt seine Auffassung dar, dass dies zu einer Einflussnahme des Stadtrates berechtigen müsste. Er sieht die Aufgabe des Aufsichtsrates darin, die Arbeit der Geschäftsführung zu beaufsichtigen.

Das Anliegen des Antrages soll dazu führen grundsätzlich Möglichkeiten zu finden, den Einfluss zu nehmen, der entsprechend der Regelung des Gemeindeordnung LSA gefordert wird.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist auf den bestehenden Gesellschaftsvertrag, in dem die Rechte und Pflichten sowohl der Stadt als auch der Gesellschaft festgelegt wurden. Die Nichtbeteiligung des Stadtrates bei der Preisbildung war hierbei eine Bedingung gewesen. Eine Änderung im Sinne des Antrages wäre nur möglich, wenn die Gesellschaft zustimmt. Diese Zustimmung wird jedoch voraussichtlich nicht erteilt werden.

Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, nimmt ebenfalls Bezug auf die gute Bilanz der Gesellschaft und deren Konkurrenzfähigkeit. Hinsichtlich einer Beteiligung des Stadtrates verweist er auf die Regelung des GmbH-Gesetzes, die eine entsprechende Zustimmung vorschreibt. Er teilt ebenfalls die Auffassung, dass diese Zustimmung der Gesellschaft nicht erfolgen wird und hält die geführte Diskussion für kontraproduktiv.

Stadtrat Dr. Schmidt, FDP-Fraktion, bringt sein Unverständnis zur Thematik zum Ausdruck und verweist in seinen Ausführungen insbesondere auf die seitens der SWM im Rahmen des Sponsoring geleisteten Beiträge zum Nutzen der Stadt.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, legt dar, zukünftig nicht davon ausgehen zu können, dass die bisherige Preispolitik so bleibt. Eine größere Einflussnahme ist für ihn deshalb erforderlich, um einer negativen Entwicklung der Preise langfristig gegenzusteuern. Er spricht sich dafür aus, die Möglichkeiten, die sich aus entsprechenden Gesprächen mit der Geschäftsführung ergeben, im Verwaltungsausschuss zu diskutieren und dann in mögliche Vertragsänderungen münden zu lassen.

Stadtrat Sven Meinecke, Fraktion DIE LINKE, legt seine Auffassung dar, dass die Stadt zwar die Mehrheit in der Gesellschaft trägt, mit 2 Vertretern des Stadtrates im Aufsichtsrat jedoch keine große Möglichkeit zur Einflussnahme bei Abstimmungen hat. Er spricht sich für eine Erhöhung der Einflussnahme des Stadtrates aus.

Abschließend verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper darauf, dass es während seiner bisherigen Tätigkeit im Aufsichtsrat der Gesellschaft keinen Beschluss gegen den Gesellschafter gegeben habe. Alle Entscheidungen wurden zuvor solange diskutiert, bis hier Übereinstimmungen erzielt wurden. Er geht in seinen weiteren Ausführungen auf den Gesellschaftsvertrag ein und begründet, dass keine Änderung ohne Zustimmung des Privaten erfolgen kann.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und ohne Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0043/08 nicht zu beschließen.

- 4.1.1. Mitwirkung des Gesellschafters Landeshauptstadt an der Festlegung der Energiepreise der Städtischen Werke GmbH (SWM)
Vorlage: S0105/08
-

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 4.2. Handlungsstrategie der Landeshauptstadt Magdeburg zu Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut
Vorlage: A0037/08
-

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Leiter der Stabsstelle V/02 Herr Dr. Gottschalk und der komm. Leiter des Sozial- und Wohnungsamtes Herr Villard teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, äußert seinen Dank für die Stellungnahme der Verwaltung und bittet um Zustimmung zum Antrag.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme, bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0037/08 zu beschließen.

- 4.2.1. Handlungsstrategie der Landeshauptstadt Magdeburg zu Prävention und Bekämpfung von Kinderarmut
Vorlage: S0083/08
-

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 4.3. Beantragung des Magdeburg(Sozial)Passes erleichtern
Vorlage: A0039/08
-

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Leiter der Stabsstelle V/02 Herr Dr. Gottschalk und der komm. Leiter des Sozial- und Wohnungsamtes Herr Villard teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, nimmt Bezug auf Punkt 3 des in der Stellungnahme der Verwaltung gemachten Verfahrensvorschlages und führt aus, dass seine Fraktion diesen Darlegungen nicht folgen kann, da sie nicht der Realität entsprechen. Ansonsten sieht er jedoch den Antrag mit den Ausführungen in der Stellungnahme der Verwaltung als erfüllt an.

Herr Villard verweist dazu klarstellend auf die Stellungnahme der ARGE zur kritisierten GEZ-Problematik und führt aus, dass sich die ARGE nicht in der Pflicht sieht, hier tätig zu werden. Diese Problem besteht zudem bundesweit.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, bezeichnet die Untätigkeit der ARGE als sehr enttäuschend. Zur Thematik der GEZ-Gebühren spricht er sich dafür aus, mit der ARGE eine Verständigung herbeizuführen.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist darauf, dass bzgl. GEZ-Gebühren die Stadt nicht zuständig ist und hierbei keinen Einfluss ausüben kann.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, hält den Antrag mit der vorliegenden Stellungnahme für erfüllt, auch wenn die Zielrichtung des Antrages nicht erreicht werden konnte. Zur GEZ-Thematik unterbreitet er den Vorschlag, einen neuen Antrag einzubringen.

Im Ergebnis der geführten Diskussion erklärt Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE; den Antrag für erledigt.

Eine Abstimmung ist somit nicht mehr erforderlich.

4.4. Beantragung des Magdeburg(Sozial)Passes erleichtern Vorlage: S0072/08

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.5. Inhaltliche Ausrichtung der Stabsstelle Jugendhilfe-, Gesundheits- und Sozialplanung Vorlage: A0040/08

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Leiter der Stabsstelle V/02 Herr Dr. Gottschalk und der komm. Leiter des Sozial- und Wohnungsamtes Herr Villard teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, nimmt die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis und führt zur Zielstellung des Antrages aus, dass bei der Vielfalt der Aufgaben bestimmte Schwerpunkte gesetzt werden sollten. Hinsichtlich der Thematik Kinderarmut hätte er sich jedoch ein deutlicheres Bekenntnis gewünscht.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, legt die Auffassung seiner Fraktion dar, dass eine AG „Armutsprävention“ erforderlich ist und macht erläuternde Ausführungen zur Komplexität der Thematik.

Herr Dr. Gottschalk verweist auf die in Zusammenhang stehenden Ausführungen der Stellungnahme der Verwaltung zum Antrag A0037/08 und führt aus, dass sich die Arbeit der Stabsstelle Jugendhilfe, Gesundheits- und Sozialplanung auf das Anliegen des Antrages ausrichtet. Im Weiteren macht er Ausführungen zu bestehenden Gremien, die sich mit der Thematik Armutsprävention bereits befassen und hält die Neugründung von Gremien nicht für erforderlich.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sieht auf Grund der schriftlichen Ausführungen der Verwaltung, dass zur Thematik Kinderarbeit bereits eine Zusammenarbeit existiert. Er bezeichnet den Jugendhilfeausschuss als zuständigen Fachausschuss, der sich schon auf Grund seiner Zusammensetzung, mit dieser Problematik befassen muss und hält den Antrag für nicht erforderlich.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper legt dar, dass die Aktivitäten der Verwaltung mit der Stellungnahme der Verwaltung vorgelegt wurden und verweist darauf, dass sich bereits genügend Gremien mit der Problematik befassen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, geht nochmals klarstellend auf das Anliegen des Antrages ein und begründet die Erforderlichkeit der Bildung einer eigenständigen Arbeitsgruppe und legt seine Auffassung dar, dass die Thematik Kinderarbeit zu einer Querschnittsaufgabe der Verwaltung werden muss.

Im Ergebnis der geführten Diskussion zieht Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, den Antrag A0040/08 zurück.

4.6. Inhaltliche Ausrichtung der Stabsstelle Jugendhilfe- ,
Gesundheits- und Sozialplanung
Vorlage: S0084/08

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.7. Umsetzung des Rechtes des Kindes auf Gleichbehandlung und
Schutz vor Diskriminierung unabhängig von ... Herkunft und ...
sowie des Rechtes auf Bildung ...
Vorlage: A0042/08

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der komm. Leiter des Sozial- und Wohnungsamtes Herr Villard teil.

Stadträtin Wübbenhorst, SPD-Fraktion, informiert, dass der Antrag im Jugendhilfeausschuss mit 2 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen nicht zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKEN, begründet umfassend das Anliegen des Antrages und legt dar, dass nur etwas gegen Kinderarmut unternommen werden kann, wenn die Instrumente die zur Verfügung stehen, auch optimal eingesetzt werden können. Es geht darum, dass sich die Stadt an Bund und Land wendet, um ihre Vorstellungen zu den bestehenden gesetzlichen Regelungen darzulegen.

Klarstellend zum negativen Votum des Jugendhilfeausschusses führt Stadträtin Wübbenhorst aus, dass sich dieses nicht gegen das Anliegen des Antrages richtet sondern vielmehr die Auffassung des Ausschusses besteht, in dieser Angelegenheit nicht zuständig zu sein. Sie informiert über den Beschluss, die im Rahmen der aktuellen Debatte im Stadtrat am 13. 03. 2008

eingebrachten Anträge in die Diskussion einzubeziehen und die Prüfung der Zuständigkeit vorzunehmen. Im Ergebnis sollte festgelegt werden, was die Stadt Magdeburg tatsächlich leisten kann.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt seine Auffassung dar, dass mit dem Antrag der Oberbürgermeister aufgefordert wird, einen Aufruf zu formulieren. Er spricht sich für eine Zustimmung zum Antrag aus.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper verweist darauf, dass klare Formulierungen unerlässlich sind. Eine Erhöhung der Regelsätze hält er angesichts geringer Gehälter derzeit für falsch.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, nimmt Bezug auf den Armutsbericht der Bundesregierung und führt aus, dass es bereits politische und fachliche Diskussionen zur Angemessenheit der Regelsätze auf Bundesebene gibt. Er wirft die Frage auf, ob zu den ganzen Diskussionen, die bereits geführt werden, ein Anschreiben der Stadt Magdeburg erforderlich ist vor dem Hintergrund, dass keine Problemlösung dadurch erfolgen kann.

Herr Villard hält ein entsprechendes Schreiben für unschädlich, befürchtet jedoch, dass dies keine Wirkung zeigen wird. Er führt aus, dass das Fehlen bestimmter Bestandteile der Regelsätze auf allen Ebenen bereits bekannt sei, bisher jedoch der politische Wille für eine entsprechende Änderung fehlt.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt zu Bedenken, dass kommunale Regelungen bzgl. der Regelsätze nicht sinnvoll sind. Diese müssen schon Angelegenheiten des Bundes bleiben. Er äußert die Bitte, bei Beschlussfassung des Stadtrates zum Antrag seitens der Fraktionen ihre Vorstellungen zum Inhalt des Schreibens zu äußern.

Stadtrat Westphal, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, legt seine Auffassung dar, dass das geforderte Anschreiben an Nachdruck gewinnen könnte, wenn die Stadt Magdeburg andere Kommunen oder den Deutschen Städtetag auffordert, sich ihrem im Schreiben dargelegten Standpunkt anzuschließen.

Abschließend erklärt Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, die Bereitschaft seiner Fraktion, an der Formulierung des Anschreibens mitzuwirken.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0042/08 zu beschließen.

- 4.7.1. Umsetzung des Rechtes des Kindes auf Gleichbehandlung und Schutz vor Diskriminierung unabhängig von ... Herkunft und ... sowie des Rechtes auf Bildung ...
Vorlage: S0071/08
-

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

4.8. Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates
Vorlage: A0035/07

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper unterbreitet im Ergebnis der Beratung des Antrages im Ausschuss KRB den Vorschlag, die Behandlung auf die nächste Sitzung des Verwaltungsausschusses zu vertagen. Insbesondere verweist er auf die Zustimmung des Vorsitzenden des Stadtrates, die Beschlussfassung zum Antrag auf die Sitzung des Stadtrates im Juli zu verschieben.

Stadtrat Brüning, Fraktion DIE LINKE, begründet seine Auffassung, die Behandlung des Antrages im Rahmen einer Sondersitzung des Verwaltungsausschusses vorzunehmen.

Hierzu verweist der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper auf die zusätzlich festgelegten Termine für die Findungskommission im Juni und legt dar, dass sich eine Terminsetzung für eine Sondersitzung als sehr schwierig darstellt.

Ergänzend informiert der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung Herr Platz über die Überlegung im Ausschuss KRB, alle bisherigen und im Ausschuss KRB neu eingebrachten Änderungsanträge in Gänze für die Behandlung im Verwaltungsausschuss und zur Beschlussfassung im Stadtrat am 03. 07. 2008 durch die Verwaltung aufzubereiten.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der Vertagung zu.

WV: Verwaltungsausschuss 13. 06. 2008

4.9. Öffentliche Bekanntmachungen der Landeshauptstadt
Magdeburg
Vorlage: A0016/08

Die Tagesordnungspunkte 4.9 und 5.1 werden im Zusammenhang behandelt.

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Der Beigeordnete I Herr Platz informiert, dass dem Anliegen des Antrages A0016/08 der CDU-Fraktion mit der vorliegenden DS0117/08 – Erste Änderungssatzung zur Bekanntmachungssatzung vom 11. Juni 2002 – teilweise entsprochen wird.

Der mit dem Änderungsantrag A0016/08/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte Prüfauftrag bzgl. der Herausgabe eines werbefinanzierten Amtsblattes wird derzeit in der Verwaltung noch geprüft. Auf Grund des hierbei mit der Maßnahme verbundenen erhöhten Personalaufwandes erfolgt zur Zeit die Untersuchung der Wirtschaftlichkeit. Das Untersuchungsergebnis wird dem Stadtrat vorgelegt.

Stadtrat Lischka, SPD-Fraktion, informiert über das Ergebnis der Beratung im Ausschuss KRB und führt aus, dass der Ausschuss eine Werbung in Amtsblättern kritisch betrachtet und das Anliegen des Änderungsantrages ablehnt.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, hält die Idee der Herausgabe werbefinanzierter Amtsblätter für gut, wenn damit eine Einsparung von Kosten verbunden ist. Er gibt den Hinweis zu prüfen, ob es hierfür jedoch genug Sponsoren gibt.

Der Beigeordnete I Herr Platz gibt den Hinweis, dass werbefinanzierte Amtsblätter finanzielle Auswirkungen auf den städtischen Haushalt haben.

Ergänzend informiert der Oberbürgermeister über Erfahrungen anderer Städte zu dieser Thematik. Im Ergebnis kann festgestellt werden, dass die Herausgabe werbefinanzierter Amtsblätter einen hohen Aufwand erfordert. Er sieht eine Beschlussfassung zum Antrag A0016/08 der CDU-Fraktion für nicht problematisch an, das Anliegen des Änderungsantrages A0016/08/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen muss jedoch noch in der Verwaltung geprüft werden.

In Beantwortung der Nachfrage von Stadtrat Stern, CDU-Fraktion, und Stadtrat Stage, Fraktion future! – die jugendpartei, informiert der Oberbürgermeister, dass sich die Kosten für die gesamten Sitzungsbekanntmachungen in der „Volksstimme“ auf ca. 47 T€ jährlich belaufen.

Ergänzend legt der Beigeordnete I Herr Platz dar, dass in der Presse lediglich eine Hinweisbekanntmachung auf die entsprechenden Amtsblätter erfolgen wird.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0117/08 in seiner Sitzung am 03. 07. 2008 zu beschließen.

Mit dieser Beschlussempfehlung erfolgt keine Abstimmung mehr zum Antrag A0116/08 der CDU-Fraktion.

4.9.1. Öffentliche Bekanntmachungen der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: S0081/08

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen den Änderungsantrag A0016/08/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie die Stellungnahme der Verwaltung S0081/08 zur Kenntnis.

5. Beschlussvorlagen

5.1. Erste Änderungssatzung zur Bekanntmachungssatzung vom 11. Juni 2002 Vorlage: DS0117/08

siehe TOP 4.9

5.2. Erste Änderungssatzung zur Hauptsatzung
Vorlage: DS0072/08

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Kommunales, Umwelt und Allgemeine Verwaltung (Bg I) Herr Platz teil.

Zur Drucksache besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0072/08 in seiner Sitzung am 05. 06. 2008 zu beschließen.

6. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin

Anwesend:

Vorsitzende/r

Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Stadtrat Reinhard Stern

Stadtrat Hans-Werner Brüning

Stadtrat Dr. Klaus Kutschmann

Stadtrat Burkhard Lischka

Stadtrat Rainer Löhr

Stadtrat Sven Meinecke

Stadtrat Oliver Müller

Stadtrat Hubert Salzborn

i.V.f. Stadtrat Schwenke

Stadtrat Gunter Schindehütte

Stadtrat Dr. Kurt Schmidt

Stadtrat Alfred Westphal

Stadträtin Beate Wübbenhorst

Beratende Mitglieder

Stadtrat Michael Stage

Geschäftsführung

Frau Andrea Behne

Frau Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Stadtrat Wigbert Schwenke